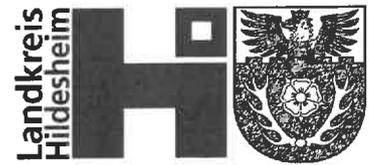


# AMTSBLATT

für den

## LANDKREIS HILDESHEIM



2022

Herausgegeben in Hildesheim am 06. April 2022

Nr. 19

Inhalt	Seite
22.03.2022 - 3. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Harsum über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Harsum außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)	280
22.03.2022 - 10. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Harsum über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Harsum (Friedhofsgebührensatzung)	283
22.03.2022 - Satzung der Gemeinde Harsum über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Gemeinde Harsum (Erschließungsbeitragssatzung – EBS)	286
28.03.2022 - Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schellerten	297
29.03.2022 - Bekanntmachung über den Beschluss des Jahresabschlusses 2017 sowie über die Entlastung und Auslegung des Jahresabschlusses 2017 der Gemeinde Schellerten	298
29.03.2022 - Inkrafttreten der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Glockensteinfeld-Südwest“ der Stadt Hildesheim	299
30.03.2022 - 5. Änderung der Friedhofsgebührenordnung vom 22.08.2012 für den Friedhof des Ev.-luth. Kirchengemeindeverbandes Freden	301

#### Impressum

Herausgeber: Landkreis Hildesheim, Dezernat 1, Bischof-Janssen-Straße 31, 31132 Hildesheim

Druck: Druckerei des Landkreises Hildesheim

E-Mail: [amtsblatt@landkreishildesheim.de](mailto:amtsblatt@landkreishildesheim.de)

Ansprechpartner/in: Frau Rennemann, 103 - Hauptamt, Tel. (0 51 21 ) 309-1061, E-Mail: [amtsblatt@landkreishildesheim.de](mailto:amtsblatt@landkreishildesheim.de)

### **3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Harsum außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)**

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 830), des § 29 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (NBrandSchG) in der Fassung vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 6 des Gesetzes vom 20. Mai 2019 (Nds. GVBl. S. 88), der §§ 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Oktober 2021 (GVBl. S. 700), hat der Rat der Gemeinde Harsum in seiner Sitzung am 22.03.2022 folgende Änderungssatzung beschlossen:

#### **§ 1**

§ 4 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt (siehe fett hinterlegt):

Als Mindestbetrag wird die Gebühr für eine Viertelstunde erhoben. Darüber hinaus wird jede angefangene Viertelstunde als volle Viertelstunde abgerechnet. Maßgeblich für die Gebührenberechnung ist der Zeitraum vom Ausrücken der Feuerwehr aus dem Feuerwehrhaus zum Einsatz bis zum Einrücken nach Einsatzende **und nach Abschluss von Rüst- und Nachbereitungszeiten.**

#### **§ 2**

§ 5 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt (siehe fett hinterlegt):

Die Gebührenschuld entsteht nach Ende der Leistung mit dem Einrücken der Feuerwehr in das Feuerwehrhaus **und Rüst- oder Nachbereitungszeiten.**

#### **§ 3**

Die Anlage gem. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

#### **Anlage**

**Gebührenverzeichnis zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Harsum außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben vom 22.03.2022**

## I. Personaleinsatz

- |                    |                  |
|--------------------|------------------|
| 1. je Einsatzkraft | 28,05 € / 15 min |
|--------------------|------------------|

## II. Einsatz von Fahrzeugen (ohne Personal)

- |   |                   |
|---|-------------------|
| 1. Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF/TSF-W)    | 418,20 € / 15 min |
| 2. Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF) | 204,00 € / 15 min |
| 3. Löschgruppenfahrzeug (LF)                | 368,85 € / 15 min |
| 4. Einsatzleitwagen (ELW)                   | 84,15 € / 15 min  |
| 5. Mannschaftstransportwagen (MTW)          | 124,35 € / 15 min |
| 6. Tanklöschfahrzeug (TLF)                  | 205,65 € / 15 min |

## III. Sonstige Gebühren

- |  |              |
|--|--------------|
| 1. Brandsicherheitswachen                                      |              |
| a) bei bis zu vierstündigen Veranstaltungen – pauschal -       | 250,00 €     |
| b) für länger andauernde Veranstaltungen – pauschal -          | 500,00 €     |
| c) die Absicherung gesetzlich zugelassener Traditionsfeuer ist | gebührenfrei |

## IV. Sonstiges

1. Für einen böswilligen Fehlalarm werden die tatsächlichen Gebühren der Anwesenheit des eingesetzten Personals nach Ziffer I der Anlage zur Feuerwehrgebührensatzung und der tatsächlichen Anwesenheit der eingesetzten Fahrzeuge nach Ziffer II der Anlage zur Feuerwehrgebührensatzung erhoben.
2. Für einen Fehlalarm durch eine Brandmeldeanlage werden die tatsächlichen Gebühren der Anwesenheit des eingesetzten Personals nach Ziffer I der Anlage

zur Feuerwehrgebührensatzung und der tatsächlichen Anwesenheit der eingesetzten Fahrzeuge nach Ziffer II der Anlage zur Feuerwehrgebührensatzung erhoben.

## V. Verbrauchsmaterialien

1. Die Kosten für Lösch- und Bindemittel sowie sonstige Verbrauchsmaterialien, einschließlich anfallender Entsorgungs- oder Reinigungskosten, sind in tatsächlich angefallener Höhe bzw. zum jeweiligen Tagespreis zzgl. 10 % Verwaltungsanteil zu erstatten.
2. Dies gilt auch für Aufwendungen der Gemeinde Harsum, für die im Gebührenverzeichnis keine Gebühr festgelegt ist.

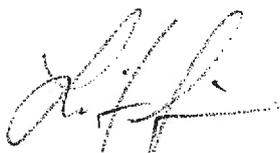
## § 4

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

### Hinweis nach § 10 Abs. 2 NKomVG:

Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, die im NKomVG enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, zustande gekommen, so ist diese Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Verkündung der Satzung gegenüber der Kommune geltend gemacht worden ist. Dabei sind die verletzte Vorschrift und die Tatsache, die den Mangel ergibt, zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Verkündung der Satzung verletzt worden sind.

Harsum, den 22.03.2022



Marcel Litfin  
Bürgermeister der Gemeinde Harsum

## **10. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Harsum über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Harsum (Friedhofsgebührensatzung)**

Aufgrund der §§ 10 und 58 Absatz 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.10.2021 (Nds. GVBl. S. 700, 730), § 13 Abs. 4 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) in der Fassung vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (GVBl. S. 117) sowie der §§ 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13.10.2021 (Nds. GVBl. S. 700) hat der Rat der Gemeinde Harsum in seiner Sitzung am 22.03.2022 folgende Änderungssatzung beschlossen:

### **§ 1**

§ 5 wird wie folgt geändert:

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim in Kraft.

### **§ 2**

Die Anlage gem. § 1 Abs. 1 S. 1 wird wie folgt geändert:

#### **Anlage 1**

**Gebührentarif zur Gebührensatzung der Gemeinde Harsum über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Harsum**

<b>Nr.</b>	<b>Amtshandlung / Gebührentatbestand</b>	<b>Gebühr</b>
<b>1.</b>	<b>Bestattungsgebühren</b>	
1.1	a) Herstellen und Wiederverfüllen einer Reihengrabstätte für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr (je Grabstelle)	<b>977,02 €</b>
	b) Herstellen und Wiederverfüllen einer Reihengrabstätte für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	entfällt
1.2	Herstellen und Wiederverfüllen einer Doppelreihengrabstätte (Erstbelegung)	<b>977,02 €</b>
1.3	Herstellen und Wiederverfüllen einer Doppelreihengrabstätte (Zweitbelegung)	<b>977,02 €</b>
1.4	Herstellen und Verfüllen einer Urnenreihengrabstätte	<b>361,50 €</b>

Nr.	Amtshandlung / Gebührentatbestand	Gebühr
1.5	Beisetzung von Urnen in einer bereits belegten Grabstätte für Erdbestattungen je Urne	361,50 €
1.6	Herstellen und Verfüllen einer Grabstätte a) Reihengrabstätte <u>ohne</u> Kennzeichnung für Urnenbestattung b) Reihengrabstätte <u>mit</u> Kennzeichnung für Urnenbestattung c) Reihengrabstätte <u>ohne</u> Kennzeichnung für Erdbestattung d) Reihengrabstätte <u>mit</u> Kennzeichnung für Erdbestattung	361,50 € 361,50 € 977,02 € 977,02 €
1.7	<b>Herstellen und Verfüllen einer Baumgrabstätte</b>	361,50 €
1.8	Beisetzungen an Freitagen ab 12 Uhr und Samstagen (nur zulässig aufgrund besonderer Gründe)  a) für das Herstellen und Wiederverfüllen einer Erdgrabstätte <i>in diesem Fall keine Gebühr nach Ziff. 1.1 a), 1.2, 1.3, 1.6 c) oder 1.6 d)</i>  b) für eine Urnenbeisetzung <i>in diesem Fall keine Gebühr nach Ziff. 1.4, 1.5, 1.6 a), 1.6 b) oder 1.7</i>	1.025,87 €  381,04 €
2.	<b>Überlassung von Grabstätten (Grabstättengebühr)</b>	
2.1	Reihengrabstätte für Verstorbene ab dem 5. Lebensjahr	1.051,54 €
2.2	Reihengrabstätte für Verstorbene bis zum 5. Lebensjahr	entfällt
2.3	Beisetzung einer Urne auf einer vorhandenen Reihengrabstätte / Reihengrabstätte	429,25 €
2.4	Doppelreihengrabstätte	2.055,22 €
2.5	Je Verlängerungsjahr für die Angleichung der Nutzungszeit bei der Zweitbelegung einer Doppelreihengrabstätte	82,20 €
2.6	Beisetzung einer Urne auf einer vorhandenen Doppelreihengrabstätte	429,25 €
2.7	Urnenreihengrabstätte	783,06 €
2.8	Beisetzung einer Urne auf einer vorhandenen Urnenreihengrabstätte	429,25 €
2.9	Reihengrabstätte <u>ohne</u> Kennzeichnung für Urnenbestattung	557,35 €
2.10	Reihengrabstätte <u>ohne</u> Kennzeichnung für Erdbestattung	1.113,21 €
2.11	Reihengrabstätte <u>mit</u> Kennzeichnung für Urnenbestattung	607,75 €
2.12	Reihengrabstätte <u>mit</u> Kennzeichnung für Erdbestattung	1.382,31 €
2.13	Baumgrabstätte	1.272,14 €
3.	<b>Umbettungen von Leichen, Gebeinen und Urnen sowie für Ausgrabungen</b>	Nach tatsächlichen Kosten der Eigen- und Fremdleistungen
4.	<b>Amtshandlungen</b>	
4.1	Für die Genehmigung und Aufstellung von allgemeinen Grabmalen und zur Standsicherheitsprüfung	81,00 €
4.2	Für die Genehmigung zur Herstellung einer Grabeinfassung	49,00 €

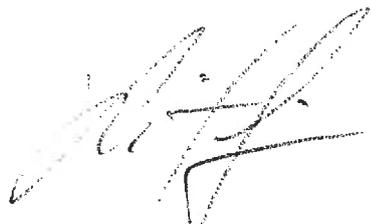
Nr.	Amtshandlung / Gebührentatbestand	Gebühr
4.3	Gebühr für die Ausstellung eines Urnenscheins (gemäß Tarif-Nr. 2.4 der Verwaltungskostensatzung)	49,00 €
4.4	Zustimmungserteilung gem. § 2 (2), § 9 (2), § 12 (2+3), § 15 (1), § 22 (1) der Friedhofssatzung (gem. Tarif Nr. 6 der Verwaltungskostensatzung)	37,00 €
<b>5.</b>	<b>Gebäudenutzung</b>	
5.1	Für die Benutzung der Friedhofskapelle und des Leichenraumes je Sterbefall	<b>176,00 €</b>
<b>6.</b>	<b>Einebnung einer separaten Grabstätte auf Antrag vor Ablauf der Ruhezeit gem. § 11 der Friedhofssatzung</b>	<b>244,26 €</b>

### § 3

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

#### **Hinweis nach § 10 Abs. 2 NKomVG:**

Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, die im NKomVG enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, zustande gekommen, so ist diese Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Verkündung der Satzung gegenüber der Kommune geltend gemacht worden ist. Dabei sind die verletzte Vorschrift und die Tatsache, die den Mangel ergibt, zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Verkündung der Satzung verletzt worden sind.



Harsum, den 22.03.2022  
Bürgermeister der Gemeinde Harsum

# **S A T Z U N G**

## **DER GEMEINDE HARSUM**

**über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Gemeinde Harsum**

**(Erschließungsbeitragssatzung – EBS)**

---

Aufgrund der §§ 132 und 133 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07.12.2021 (Nds. GVBl. S. 830), hat der Rat der Gemeinde Harsum in seiner Sitzung vom 22.03.2022 folgende Erschließungsbeitragssatzung beschlossen:

### **§ 1**

#### **Erhebung des Erschließungsbeitrages**

Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für beitragsfähige Erschließungsanlagen erhebt die Gemeinde Harsum Erschließungsbeiträge nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) und dieser Satzung.

### **§ 2**

#### **Arten der Erschließungsanlagen**

Beitragsfähige Erschließungsanlagen sind

1. die öffentlichen zum Anbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze;
2. die öffentlichen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Verkehrsanlagen innerhalb der Baugebiete (z.B. Fußwege, Wohnwege);
3. die Sammelstraßen innerhalb der Baugebiete;
4. die Parkflächen und Grünanlagen mit Ausnahme von Kinderspielplätzen, soweit sie Bestandteil der in den Nummern 1 bis 3 genannten Verkehrsanlage oder nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind;
5. die Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, auch wenn sie nicht Bestandteil der Erschließungsanlagen sind.

### § 3

#### Umfang der Erschließungsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand für
1. Straßen, Wege und Plätze (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) zur Erschließung von Grundstücken in Baugebieten mit einer zulässigen Bebauung von
    - a) bis zu zwei Geschossen bis zu einer Breite von 18 m,
    - b) über zwei Geschossen bis zu vier Geschossen bis zu einer Breite von 24 m,
    - c) über vier Geschossen bis zu einer Breite von 32 m,wenn sie beidseitig zum Ausbau bestimmt sind;
  2. Straßen, Wegen und Plätze (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) zur Erschließung von Grundstücken in Baugebieten mit einer zulässigen Bebauung von
    - a) bis zu zwei Geschossen bis zu einer Breite von 12 m,
    - b) über zwei Geschossen bis zu vier Geschossen bis zu einer Breite von 18 m,
    - c) über vier Geschossen bis zu einer Breite von 24 m,wenn sie einseitig zum Ausbau bestimmt sind;
  3. Straßen, Wegen und Plätze (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) im Kerngebiet, im Gewerbegebiet, im Industriegebiet und im Sondergebiet gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO bis zu einer Breite von 32 m, wenn sie beidseitig und bis zu 24 m, wenn sie einseitig zum Anbau bestimmt sind;
  4. mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbare Verkehrsanlagen (§ 127 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) bis zu einer Breite von 5 m;
  5. Sammelstraßen (§ 127 Abs. 2 Nr. 3 BauGB) bis zu einer Breite von 34 m;
  6. Parkflächen und Grünanlagen, soweit sie zu Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. 1 bis 3 und Nr. 5 gehören, bis zu einer weiteren Breite von 6 m; bei Anlagen nach Nr. 4 bis zu einer Breite von 2 m;
  7. Parkflächen und Grünanlagen, soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. 1 bis 5 genannten Verkehrsanlagen sind, bis zu 20 v. H. der Summe der Grundstücksflächen der durch sie erschlossenen Grundstücke.
- (2) Die in Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Nr. 5 genannten Breiten umfassen Fahr- und Standspuren, Moped-, Rad- und Gehwege, Schrammborde und Sicherheitsstreifen,

nicht dagegen die eventuellen Parkflächen und Grünanlagen. Die in Abs. 1 Nr. 4 genannte Breite umfasst nicht eventuelle Grünanlagen.

- (3) Die in Abs. 1 genannten Breiten sind Durchschnittsbreiten; sie werden ermittelt, indem die Fläche der gesamten Erschließungsanlage durch die Länge der Anlagenachse geteilt wird.
- (4) Die in Abs. 1 genannten Breiten umfassen nicht die zu den Erschließungsanlagen gehörenden und zu ihrer Herstellung notwendigen Böschungen und Stützmauern sowie die Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in der Breite ihrer anschließenden freien Strecken.
- (5) Ergeben sich aus der Nutzung der Grundstücke im Sinne von Abs. 1 unterschiedliche Breiten, so ist der Aufwand für die größte Breite beitragsfähig.
- (6) Endet eine Straße mit einem Wendehammer, so vergrößern sich die in Abs. 1 bestimmten Breiten für den Bereich des Wendehammers um 50 v.H., höchstens aber um 8 m. Das gleiche gilt für den Einmündungsbereich in andere und Kreuzungen mit anderen Straßen.

#### § 4

##### Umfang des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

- (1) Zum beitragsfähigen Erschließungsaufwand gehören die Kosten für
  - a) den Erwerb der Flächen für Erschließungsanlagen,
  - b) die Freilegung,
  - c) die erstmalige Herstellung des Straßen- oder Wegekörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendige Erhöhungen oder Vertiefungen,
  - d) die Herstellung:
    - aa) der Rinnen sowie Randsteine,
    - bb) der Gehwege,
    - cc) der Radwege,
    - dd) der kombinierten Geh- und Radwege,
    - ee) Mischflächen
    - ff) Seiten-, Trenn-, Rand- und Sicherheitsstreifen,
    - gg) der Beleuchtungseinrichtungen,
    - hh) der Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen,
    - ii) der Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
  - e) den Anschluss an andere Erschließungsanlagen,
  - f) die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen,
  - g) die Herstellung der Parkflächen,

- h) die Herstellung der Grünanlagen,
  - i) die Herstellung der Anlagen zum Schutze von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.
  - j) die Fremdfinanzierung,
  - k) die Herstellung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wegen Eingriffs beitragsfähiger Maßnahmen in Natur und Landschaft,
  - l) die Beauftragung Dritter mit der Planung und Bauleitung.
- (2) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand umfasst auch
- a) den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung,
  - b) diejenigen Kosten, die für Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen (Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen) insoweit entstehen, als sie gegenüber ihren anschließenden freien Strecken breiter hergestellt werden
  - c) den Wert der Sachleistungen der Gemeinde sowie der vom Personal der Gemeinde erbrachten Werk- und Dienstleistungen für die Freilegung und technische Herstellung der Erschließungsanlage.
- (3) Zu den Kosten für den Erwerb der Flächen für Erschließungsanlagen gehört im Falle einer erschließungsbeitragsrechtlichen Zuteilung i.S. des § 57 S. 4 BauGB und des § 58 Abs. 1 S. 1 BauGB auch der Wert nach § 68 Abs. 1 Nr. 4 BauGB.

## **§ 5**

### **Art der Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes**

- (1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand wird nach den tatsächlich entstandenen Kosten ermittelt.
- (2) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand kann für die einzelne Erschließungsanlage oder für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage ermittelt werden. Für mehrere Erschließungsanlagen, die zur Erschließung von Grundstücken eine Einheit bilden, kann der Erschließungsaufwand insgesamt ermittelt werden.

## **§ 6**

### **Anteil am beitragsfähigen Erschließungsaufwand**

Von dem ermittelten beitragsfähigen Erschließungsaufwand trägt die Gemeinde 10 v. H.

## § 7

### Abrechnungsgebiet

Die von einer Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet. Wird ein Abschnitt einer Erschließungsanlage oder eine Erschließungseinheit abgerechnet, bilden die vom Abschnitt oder der Erschließungseinheit erschlossenen Grundstücke das Abrechnungsgebiet. In Fällen der Eigentümeridentität von Anlieger- und Hinterliegergrundstück zählen gefangene Hinterliegergrundstücke in der Regel zu den erschlossenen Grundstücken, nicht gefangene Hinterliegergrundstücke dagegen in der Regel nicht; gefangen ist ein Hinterliegergrundstück, wenn es ausschließlich über das Anliegergrundstück eine Verbindung zum gemeindlichen Verkehrsnetz hat.

## § 8

### Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

- (1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand wird nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 6) auf die Grundstücke im Abrechnungsgebiet (§ 7) unter Berücksichtigung der nachfolgenden Absätze nach dem Verhältnis verteilt, in dem die Grundstücksflächen zueinander stehen. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der Grundstücke nach Maß und Art berücksichtigt.
- (2) Als Grundstücksfläche gilt grundsätzlich die gesamte Fläche des Buchgrundstücks. Abweichend davon gilt als Grundstücksfläche:
  - a) bei Grundstücken, die teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplans oder einer Satzung nach § 34 Absatz 4 BauGB und mit der Restfläche im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Teilfläche im Geltungsbereich des Bebauungsplans oder der Satzung nach § 34 Absatz 4 BauGB,
  - b) bei Grundstücken, für die weder ein Bebauungsplan noch eine Satzung nach § 34 Absatz 4 BauGB besteht und die teilweise innerhalb des unbeplanten Innenbereichs (§ 34 BauGB) und mit der Restfläche im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Fläche zwischen der Erschließungsanlage und einer Linie, die im gleichmäßigen Abstand von 50m dazu verläuft,
  - c) bei Grundstücken, die über die sich nach Buchstabe a) und Buchstabe b) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der Erschließungsanlage und einer Linie, die im gleichmäßigen Abstand verläuft, der der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht,
  - d) Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplans oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 Nummern 2 und 3 BauGB nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. als Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) oder innerhalb des unbeplanten Innenbereichs (§ 34 BauGB) so genutzt werden, gilt als Grundstücksfläche die gesamte Fläche des Buchgrundstücks.

- (3) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht, der im Einzelnen beträgt:
- |   |      |
|---|------|
| 1. bei Bebaubarkeit mit einem Vollgeschoß, gewerblich nutzbaren Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist oder Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen   | 1,00 |
| 2. bei Bebaubarkeit mit zwei Vollgeschossen   | 1,25 |
| 3. bei Bebaubarkeit mit drei Vollgeschossen   | 1,50 |
| 4. bei Bebaubarkeit mit vier oder fünf Vollgeschossen   | 1,75 |
| 5. bei Bebaubarkeit mit sechs und mehr Vollgeschossen   | 2,00 |
| 6. bei Grundstücken, die nur in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise nutzbar sind oder innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles so genutzt werden (z.B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) | 0,50 |
- (4) Als Vollgeschoß gelten alle Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind. Ist die Geschosshöhe entweder nicht im Bebauungsplan festgesetzt oder wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, gilt als Zahl der Vollgeschosse die durch 3,5 m bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken und in allen anderen Baugebieten durch 2,20 m geteilte im Bebauungsplan festgesetzte oder – falls eine Höhe nicht festgesetzt ist oder diese überschritten wird – die tatsächliche Höhe des Gebäudes, wobei Bruchzahlen ab 0,5 aufgerundet und Bruchzahlen bis 0,49 abgerundet werden. Kirchengebäude werden als eingeschossige Gebäude behandelt.
- (5) Als Zahl der Vollgeschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Ist im Einzelfall eine größere Geschosshöhe zugelassen oder vorhanden und geduldet, so ist diese zugrunde zu legen. Setzt der Bebauungsplan an Stelle einer Vollgeschosshöhe eine Baumassenzahl oder nur die Höhe der baulichen Anlage fest, gilt als Vollgeschosshöhe die Baumassenzahl oder die höchste Gebäudehöhe geteilt durch 3,5, wobei Bruchzahlen ab 0,5 aufgerundet und Bruchzahlen bis 0,49 abgerundet werden.
- (6) In unbeplanten Gebieten und Gebieten, für die ein Bebauungsplan weder die Geschosshöhe, noch eine Baumassenzahl oder die Gebäudehöhe festsetzt, ist
- a) bei bebauten Grundstücken die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen,
  - b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Höchstzahl der auf den Grundstücken in der näheren Umgebung (§ 34 BauGB) überwiegend vorhandenen Vollgeschosse maßgebend.
- (7) Sind in einem Abrechnungsgebiet (§ 7), das durch Erschließungsanlagen im Sinne von § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB (Anbaustraßen) oder § 127 Abs. 2 Nr. 3 BauGB (Sammelstraßen) erschlossen wird, außer gewerblich genutzten Grundstücken und/oder Grundstücken, die in einem durch Bebauungsplan festgesetzten oder nach § 34 BauGB zu beurteilenden Kern-, Gewerbe-, Industrie-

oder Sondergebiet gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO liegen, auch andere beitragspflichtige Grundstücke vorhanden, erhöhen sich die in Abs. 3 Nr. 1 bis 5 genannten Nutzungsfaktoren für die in Kern-, Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO liegenden Grundstücke sowie die Grundstücke, die überwiegend gewerblich genutzt werden, um 0,5.

- (8) Gewerblich genutzten Grundstücken stehen Grundstücke gleich, die in ähnlicher Weise genutzt werden (z.B. Verwaltungs-, Schul-, Post- und Bahnhofsgebäude, Praxen für Freiberufler).
- (9) Werden durch selbständige Grünanlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 4 BauGB auch Grundstücke erschlossen, die überwiegend gewerblich genutzt werden oder in einem beplanten oder unbeplanten Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet liegen, so sind für diese Grundstücke die in Abs. 3 Nr. 1 - 5 genannten Nutzungsfaktoren um je 50 Prozent herabzusetzen.

## § 9

### **Grundstücke an mehreren Erschließungsanlagen** **(Eckgrundstücksvergünstigung)**

- (1) Grundstücke, die durch mehrere beitragsfähige, nicht zur gemeinsamen Aufwandsermittlung (§ 130 Abs. 2 S. 3 BauGB) zusammengefasste Erschließungsanlagen erschlossen werden, sind zu jeder Erschließungsanlage beitragspflichtig.
- (2) Werden solche Grundstücke durch mehrere beitragsfähige Erschließungsanlagen der gleichen Art erschlossen und werden solche Grundstücke nur für Wohnzwecke genutzt oder sind sie nur für Wohnzwecke bestimmt, wird die nach dieser Satzung ermittelte und bei der Verteilung zu berücksichtigende Beitragsfläche zu Lasten der übrigen erschlossenen Grundstücke bei jeder dieser Erschließungsanlagen nur zu 2/3 in Ansatz gebracht. Ist die ermittelte Grundstücksfläche größer als 900 m<sup>2</sup>, beschränkt sich diese Regelung auf die Teilfläche von 900 m<sup>2</sup>.
- (3) Die Ermäßigung nach Abs. (2) gilt nicht, wenn ein Erschließungsbeitrag nur für eine Erschließungsanlage gleicher Art erhoben wird und Beiträge für weitere Anlagen gleicher Art weder nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes oder Baugesetzbuches noch nach vergleichbaren früheren Rechtsvorschriften erhoben worden sind oder erhoben werden durften.
- (4) Werden Grundstücke durch selbständige Grünanlagen (§ 127 Abs. 2 Nr. 4 BauGB) mehrfach erschlossen, wird die nach dieser Satzung ermittelte und bei der Verteilung zu berücksichtigende Beitragsfläche bei jeder dieser Erschließungsanlagen nur zu 2/3 in Ansatz gebracht, wenn Beiträge für weitere Anlagen erhoben worden sind oder erhoben werden dürfen.
- (5) Den durch die Anwendung der Eckgrundstücksvergünstigung entstehenden Beitragsausfall trägt die Gemeinde.

## § 10

### Kostenspaltung

Ohne Bindung an eine bestimmte Reihenfolge kann der Erschließungsbeitrag erhoben werden für

- a) den Erwerb oder die Bereitstellung der Erschließungsflächen,
- b) die Freilegung der Erschließungsflächen,
- c) die Herstellung der Straßen und Wege ohne Moped-, Rad-, oder Gehwege und ohne Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen,
- d) die Herstellung der sowohl dem Fahrverkehr als auch dem Fußgängerverkehr dienenden Verkehrsflächen (Mischflächen) ohne Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen,
- e) die Herstellung der Gehwege oder eines von ihnen,
- f) die Herstellung der Mopedwege oder eines von ihnen,
- g) die Herstellung der Radwege mit Schutzstreifen oder eines von ihnen,
- h) die Herstellung der Entwässerungseinrichtungen,
- i) die Herstellung der Beleuchtungseinrichtungen,
- j) die Herstellung der kombinierten Geh- und Radwege,
- k) die Herstellung der unselbständigen Parkflächen,
- l) die Herstellung der unselbständigen Grünanlagen.

## § 11

### Merkmale der endgültigen Herstellung von Erschließungsanlagen

- (1) Straßen, Wege und Plätze, Fußwege und Wohnwege sowie Sammelstraßen sind endgültig hergestellt, wenn
  - a) sie an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße angeschlossen sind,
  - b) die Gemeinde Eigentümerin ihrer Flächen ist,
  - c) die Beleuchtungs- und Entwässerungseinrichtungen vorhanden sind.

Dabei sind hergestellt

- a) die Fahrbahn, wenn sie einen Unterbau und eine Decke aus Asphalt, Teer, Beton, Pflaster oder einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise aufweist,

- b) die Gehwege und Radwege sowie die mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Verkehrsanlagen, wenn sie eine Befestigung mit Platten, Asphalt, Teer, Beton oder einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise mit dem technisch notwendigen Unterbau erhalten haben,
  - c) die sowohl dem Fahrverkehr als auch dem Fußgängerverkehr dienenden Verkehrsflächen (Mischflächen), wenn sie eine oder mehrere der in a) und b) aufgeführten Befestigungsarten aufweisen,
  - d) die Entwässerungsanlagen, wenn die Straßenrinnen, die Straßenabläufe und die zur Aufnahme des Wassers erforderlichen Leitungen sowie die Anschlüsse an bereits bestehende Entwässerungseinrichtungen gebaut sind,
  - e) die Beleuchtungseinrichtungen, wenn eine der Größe der Anlage und den örtlichen Verhältnissen angepasste Anzahl von Beleuchtungskörpern hergestellt ist.
- (2) Park- und Grünflächen sind endgültig hergestellt, wenn die Gemeinde Eigentümerin ihrer Flächen ist und
- a) die Parkflächen die in Abs. 1 Satz 2 b), d) und e) aufgeführten Herstellungsmerkmale aufweisen,
  - b) die Grünflächen gärtnerisch gestaltet sind.
  - c) unselbständige Grünanlagen gärtnerisch gestaltet sind.
- (3) Der Rat kann im Einzelfall die Bestandteile und Herstellungsmerkmale einer Erschließungsanlage abweichend von Abs. 1 und 2 durch Sondersatzung festlegen.

## § 12

### Immissionsschutzanlagen

Art, Umfang und Herstellungsmerkmale von Anlagen gemäß § 2 Ziffer 5 sowie der Verteilungsmaßstab für die Beitragserhebung werden durch Satzung im Einzelfall geregelt.

## § 13

### Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag

- (1) Für ein Grundstück, für das die Beitragspflicht noch nicht oder nicht in vollem Umfang entstanden ist, können Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag verlangt werden, wenn ein Bauvorhaben auf dem Grundstück genehmigt wird oder wenn mit der Herstellung der Erschließungsanlage begonnen worden ist.

- (2) Die Vorausleistung darf die voraussichtliche Höhe des Erschließungsbeitrages nicht übersteigen. Sie lässt das Recht der Gemeinde auf Erhebung des Erschließungsbeitrages nach seiner Entstehung unberührt, ist jedoch mit der endgültigen Beitragsschuld zu verrechnen auch wenn der Vorausleistende nicht beitragspflichtig ist.

## **§ 14**

### **Beitragspflichtige**

- (1) Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.
- (2) Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück, im Falle des Abs. 1 S. 2 auf dem Erbbaurecht und im Falle des Abs. 1 S. 3 auf dem Wohnungs- oder dem Teileigentum.

## **§ 15**

### **Beitragsbescheid**

Die nach dieser Satzung zu erhebenden Beiträge und Vorausleistungen werden durch Beitragsbescheid festgesetzt.

## **§ 16**

### **Fälligkeit**

Die festgesetzten Beiträge und Vorausleistungen werden einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

## **§ 17**

### **Ablösung des Erschließungsbeitrages**

In den Fällen, in denen die Beitragspflicht noch nicht entstanden ist, kann die Ablösung des Erschließungsbeitrages durch Vertrag vereinbart werden.

Der Ablösungsbetrag bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrages. Dabei ist der entstehende Erschließungsaufwand anhand von Kostenvoranschlägen oder, falls noch nicht vorhanden, der Kosten vergleichbarer Anlagen zu veranschlagen und nach den Vorschriften dieser Satzung auf die durch die Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke zu verteilen.

Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht. Durch Zahlung des Ablösungsbeitrages wird die Beitragspflicht endgültig abgegolten.

## § 18

### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Harsum über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 15.07.1998 außer Kraft.

Harsum, den 22.03.2022



Litfin  
Bürgermeister

## **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schellerten**

Auf Grund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07.12.2021 (Nds. GVBl. S. 830) hat der Rat der Gemeinde Schellerten in seiner Sitzung am 28.03.2022 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schellerten vom 07.11.2011 beschlossen:

### **Artikel 1**

Paragraph 9 Abs. 1 Satz 1 der Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

„Satzungen, Verordnungen, öffentliche Bekanntmachungen nach NKomVG sowie Genehmigungen von Flächennutzungsplänen werden im Internet unter der Adresse [www.landkreishildesheim.de](http://www.landkreishildesheim.de) im elektronischen „Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim“ verkündet bzw. bekannt gemacht.“

### **Artikel 2**

Diese Satzung tritt am Tage Ihrer Verkündung in Kraft.

Schellerten, den 28.03.2022

Gemeinde Schellerten



  
Fabian von Berg  
Bürgermeister



# GEMEINDE SCHELLERTEN

## Bekanntmachung

### über den Beschluss des Jahresabschlusses 2017 sowie über die Entlastung und Auslegung des Jahresabschlusses 2017 der Gemeinde Schellerten

Über den Jahresabschluss 2017 hat der Rat der Gemeinde Schellerten in seiner Sitzung am 28. März 2022 folgenden Beschluss gefasst:

#### 1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der durch den Bürgermeister festgestellte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2017 wird in der vorgelegten Form beschlossen.

#### 2. Ergebnisverwendung des Jahresabschlusses

Der sich aus dem Jahresabschluss 2017 ergebende Überschuss in Höhe von 302.960,23 € wird der Rücklage zugeführt.

#### 3. Entlastung des Bürgermeisters

Dem Bürgermeister wird für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2017 die uneingeschränkte Entlastung gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) erteilt.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2017 sowie der Prüfungsbericht des Landkreises Hildesheim liegen gemäß § 129 Absatz 2 NKomVG

**vom 12. April bis zum 22. April 2022**

zur Einsichtnahme während der Öffnungszeiten in der Gemeindeverwaltung Schellerten, Rathausstraße 8, Zimmer 23, 31174 Schellerten öffentlich aus.

**Wichtiger Hinweis zur Einsichtnahme während der Corona-Pandemie:** Eine Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung ist nur nach telefonischer Terminvereinbarung (Tel. 05123-4010) oder auf Anfrage per E-Mail ([rathaus@schellerten.de](mailto:rathaus@schellerten.de)) möglich.

Im Rathaus gilt bis auf weiteres die 3G-Regel, danach ist der Zutritt nur Personen gestattet, die genesen, vollständig geimpft oder tagesaktuell negativ getestet sind. Aufgrund der Covid19-Pandemie ist im Gebäude eine medizinische Maske zu tragen.

Schellerten, 29. März 2022

Gemeinde Schellerten  
Der Bürgermeister



Fabian von Berg



Stadt Hildesheim

# Bekanntmachung der Stadt Hildesheim

## Inkrafttreten der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Glockensteinfeld-Südwest“ der Stadt Hildesheim

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 08.02.2021 die o.g. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hildesheim beschlossen.

Das Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser hat die o.g. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Verfügung vom 21.12.2021, Az.: 21101-254-16.Ä/D2-Weg, unter Auflagen genehmigt.

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 21.03.2022 die Auflagen der Genehmigung und die ergänzte Begründung zur Kenntnis genommen und die ergänzte Begründung der o.g. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Gemäß § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) kann die o.g. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an im Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung der Stadt Hildesheim, Verwaltungsgebäude Markt 3, 4. Obergeschoss, Zimmer-Nr. C 409a, Telefon-Nr. 05121/301-3036, während der Dienststunden eingesehen werden. Die o.g. Änderung des Flächennutzungsplanes wird auch auf [www.stadt-hildesheim.de/fplan](http://www.stadt-hildesheim.de/fplan) bereitgestellt.

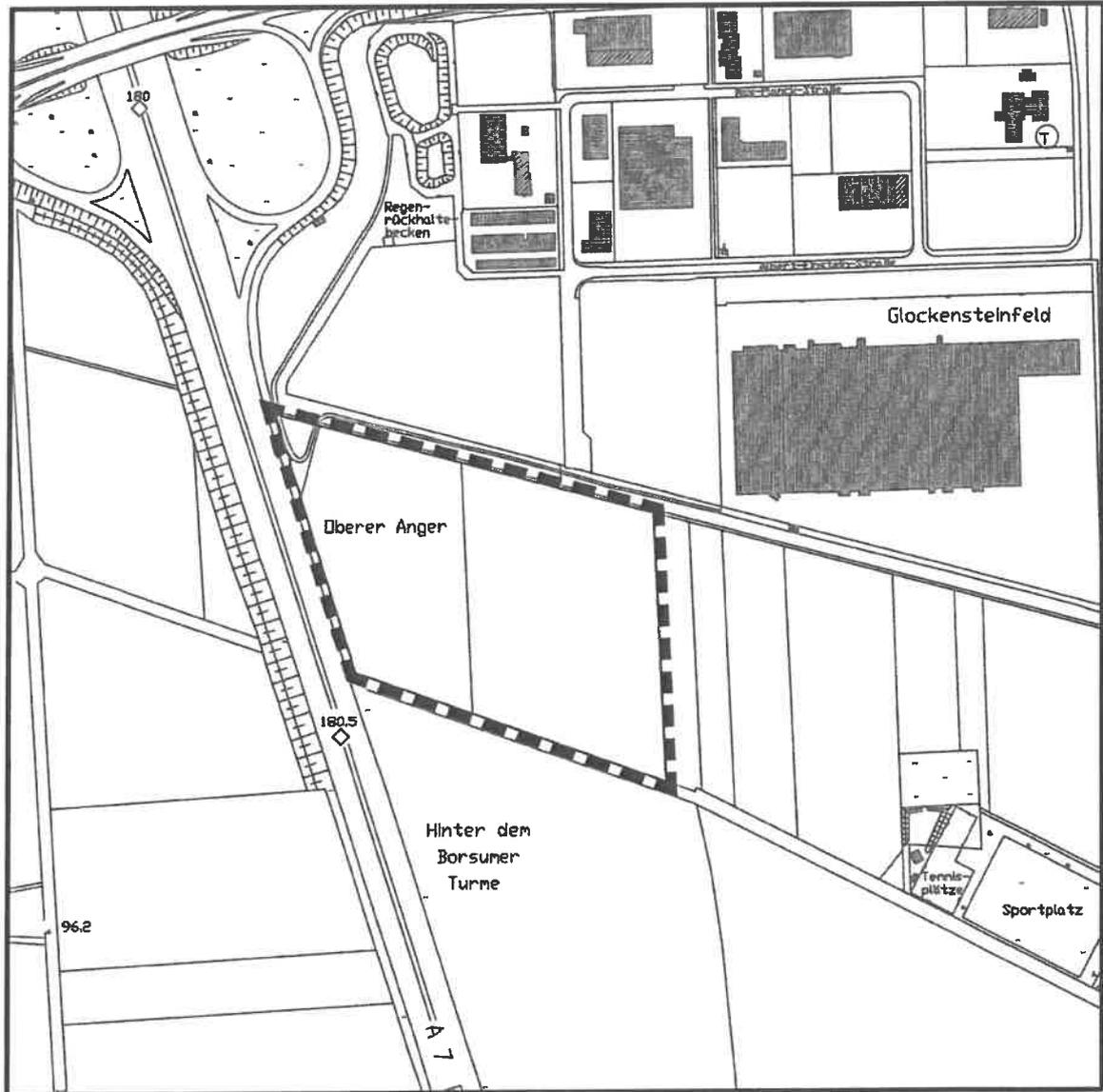
Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung der Änderung des Flächennutzungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Glockensteinfeld-Südwest“ der Stadt Hildesheim wirksam.

Hildesheim den 29.03.2022

  
Stadt Hildesheim  
Der Oberbürgermeister

# 16. Änderung des Flächennutzungsplans



Grenze des Geltungsbereichs



**5. Änderung der Friedhofsgebührenordnung  
vom 22.08.2012  
für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeindeverbandes Freden**

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsblatt 1974 S. 1) und § 30 der Friedhofsordnung für die Friedhöfe der Ev.-luth. Kirchengemeindeverbandes Freden vom 15.05.2012, hat der Vorstand am 22.02.2022 folgende Änderung beschlossen:

**Artikel 1**

Es wird § 6 V. Nr. 1 wie folgt geändert:

1. Beschaffung und Verlegung von Steinplatten für Rasengrabstätten, - Inkl. Erstbeschriftung

- a) Mit Plattenmaßen von 500 x 300 x 40 mm: 280,00 €
- b) Mit Plattenmaßen von 500 x 400 x 40 mm: 300,00 €
- c) Mit Plattenmaßen von 700 x 400 x 40mm: 350,00 €

**Artikel 2**

Diese Änderung der Friedhofsgebührenordnung tritt nach Ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Hildesheim in Kraft.

Freden, den 22.2.22

Der Kirchenvorstand:

  
.....  
Vorsitzende

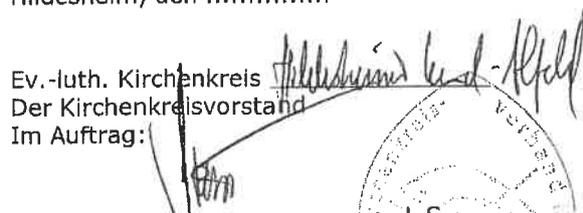


  
.....  
Kirchenvorsteher/in

Die vorstehende Änderung der Friedhofsgebührenordnung wird hiermit gemäß § 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Hildesheim, den 30.03.2022

Ev.-luth. Kirchenkreis Hildesheim Nord - Hild  
Der Kirchenkreisvorstand  
Im Auftrag:

  
.....  
Bevollmächtigter

